

# Wohnen: Stadt Graz setzt Verbesserungen um

Die Mieten in Gemeindewohnungen werden nicht teurer. Stattdessen werden noch heuer 200 leistbare Wohnungen neu errichtet und die Vergaberichtlinien verbessert. Der Kautionsfonds wird ausgeweitet.

Über 4.350 Gemeindewohnungen verfügt die Stadt Graz und hat bei mehr als 6.832 sogenannten Übertragungswohnungen das Zuweisungsrecht.

## Zugang erleichtert, Angebot ausgeweitet

Unter ÖVP und FPÖ wurden die Zugangsregeln so restriktiv gemacht, dass viele Grazerinnen und Grazer nicht die Möglichkeit hatten, um eine Gemeindewohnung anzusuchen. Das wird nun geändert. Künftig reicht es, ein Jahr den Hauptwohnsitz in Graz zu haben bzw. ein Jahr hier zu arbeiten, um eine Gemeindewohnung beantragen zu können. Verbesserungen gibt es auch für junge Paare und Studierende. „Graz bekommt eine der modernsten Regelungen aller größeren Städte in Österreich“, so Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

Im Koalitionsabkommen zwischen KPÖ, Grünen und SPÖ ist der Bau von leistbarem Wohnraum festgeschrieben. „Allein in diesem Jahr kommen 200 neue Wohnungen hinzu“, so Kahr.



„Warum ist am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig?“, fragt der Volksmund zynisch. Vor allem das Wohnen zählt zu den Preistreibern. Die neue Stadtregierung unter Bürgermeisterin Elke Kahr setzt konkrete Maßnahmen, um gegenzusteuern.

FOTO: MARIA ZIEGLER, UNSPLASH

## Keine Mieterhöhung in städtischen Wohnungen

Österreichweit werden im April die Richtwertmieten um 6 Prozent angehoben. In Graz jedoch wird diese Teuerung in den Gemeindewohnungen, die sich im Besitz der Stadt befinden, ausgesetzt. Bei den Übertragungswohnungen ist das zwar nicht möglich, aber bei ihnen gilt auch die Mietzinszahlung. Dadurch wird gewährleistet, dass niemand mehr als ein Drittel des Einkommens für Wohnkosten ausgeben muss.

## Ausweitung des Kautionsfonds

Bei allen, die am privaten Wohnungsmarkt fündig geworden sind, sich aber die Einstiegskosten nicht leisten können, hilft der Kautionsfonds, den Elke Kahr schon 2010 eingerichtet hat. Bis zu 1.000 Euro schießt die Stadt zur Kautionszahlung zu. Mittlerweile hat auch das Land Steiermark einen ähnlichen Fonds eingeführt. Bei der Stadt Graz geht das Geld direkt an den Vermieter und wird nach einem neuerlichem Wohnungswechsel zurückgezahlt.

## Hilfestellung im Bürgermeisterinnenbüro

Konkret bei der Wohnungssuche geholfen, wird auch im Büro von Bürgermeisterin Elke Kahr. Woche für Woche werden etwa 50 bis 60 Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt vermittelt, erklärt die zuständige Referentin und Ansprechpartnerin **Eveline Würger**. Sie streicht die Bedeutung des Kautionsfonds hervor. „Damit werden zahlreiche Familien entlastet, die sonst keine Möglichkeit hätten, zu einer Wohnung zu kommen.“

## Wildtiere in Gefahr



FOTO: NINKASI, PIXABAY

Der städtische Grünraum ist auch Lebensraum für zahlreiche Tierarten wie Hasen, Rehe oder Füchse. „Leider verletzten Hundebesitzer immer wieder die Leinenpflicht – mit weitreichenden Folgen für Wildtiere. Rehe werden von Hunden zu Tode gehetzt oder laufen in Zäune und verenden qualvoll. Besonders gefährdet sind die Kitze, die für einige Zeit von ihren Müttern im Gras abgelegt werden. Nicht nur große Hunde sind eine Gefahr. „Auch kleine Hunde



können den wehrlosen Kitzen Wunden beibringen, die sich entzünden und zum qualvollen Tod führen“, weiß KPÖ-Tierschutzsprecherin **Daniela Katzensteiner** (Foto). „Den Hunden kann man keine Schuld geben. Sie folgen nur ihren Instinkten. Sehr wohl in die Verantwortung zu nehmen sind aber die Hundehalter“, so Katzensteiner. In der Gemeinderatssitzung mahnte sie bei Veterinärstadträtin **Claudia Schönbacher** (FPÖ) Maßnahmen ein.

## Tennenmälzerei genutzt



FOTO: KPÖ-KLUB, JULIA PRASSL

Zunächst nur durch Medienberichte bekannt wurde ohne Auftrag des Gemeinderats eine Studie inklusive Konzept für ein „Hybridmuseum“ in der Tennenmälzerei in Reininghaus erstellt und von ÖVP-Kulturstadtrat **Günter Riegler** groß präsentiert. Stadtteilarbeit und andere Kulturakteur:innen wurden darin einfach ausklammert. Erst ein halbes Jahr später wurde diese aufwendig gestaltete Projektmappe den Gemeinderatsklubs zugänglich



gemacht, die Kosten dafür dem grazmuseum aufgebürdet. Wie viel das gekostet hat, ließ Riegler auch auf Nachfrage von KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther** (Foto) im Gemeinderat offen. Die neue Stadtregierung hingegen will, dass in der denkmalgeschützten Tennenmälzerei ein Platz der Begegnung, der kulturellen Initiativen und der Stadtteilarbeit entsteht. Die Menschen, die dort leben, sollen in die Planungen breit eingebunden werden.

## KiStL-Theater für ein weiteres Jahr gerettet

Das Hinterhoftheater der Komödiaten in St. Leonhard (KiStL) in der Rechbauerstraße muss einem „exklusiven Neubauprojekt“ mit 8 Wohneinheiten, „die sich perfekt als Anlageobjekt eignen“ weichen. Allen Widerständen zum Trotz wurde das Bauprojekt von der ehemaligen ÖVP-FPÖ-Stadtregierung abgesegnet. Auf Drängen von KPÖ-Kultusprecherin **Sahar Mohsenzada** (Foto) hin kam es im Rathaus zu einem Runden Tisch. Dann folgten gute Nachrichten: der Theaterbetrieb kann zumindest noch für ein Jahr am Standort aufrecht



erhalten werden. Nach Gesprächen beim Runden Tisch, hat Kulturstadtrat **Günter Riegler** (ÖVP) beim Bauträger einen Aufschub des Baubeginns erwirken können. Das KiStL kann also noch ein Jahr lang am alten Standort bestehen bleiben. Danach wird es allerdings abgerissen. „Der Neubau lässt sich leider nicht mehr aufhalten. Wir werden uns aber intensiv darum bemühen, dass das KiStL auch nach diesem Jahr einen fixen Platz in Graz bekommt, wo es dann auch bleiben kann“, versichert KPÖ-Klubfrau **Christine Braunersreuther**.

## Rad-Parcours umwelt- und anwohnergerecht

In Mariatrost soll ein Radparcours auf einer Fläche von 2.000 Quadratmetern realisiert werden und einen großen Pumptrack für alle und einen kleinen Pumptrack für Kinder enthalten. Im April 2021 hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, die Finanzierung beschlossen. 250.000 Euro stellt das Sportamt dafür zur Verfügung und erhält auch Bedarfszuweisungen vom Land Steiermark. Auf einem Grundstück der Diözese soll die Sportunion Steiermark die Anlage errichten und sie erhalten. „Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass eine



asphaltierte Umsetzung nicht die beste Lösung ist“, erklärt KPÖ-Sportsprecher **Horst Alič** (Foto). Neben den Bedenken von Anwohner:innen über die Lärmentwicklung sprechen vor allem versickerungstechnische, also wasserrechtliche Gründe dagegen. Das Areal ist nämlich auch Bestandteil eines Rückhaltaraums für Hochwassermaßnahmen gegen sieben mögliche Hangwasserflüsse. Alič drängt deshalb darauf, eine nicht asphaltierte Gestaltung des beschlossenen Radparcours zu prüfen und auch die Anwohner:innen einzubinden.

## Inklusives Café

Menschen mit Behinderungen tun sich oft schwer damit, andere Menschen zu



finden, mit denen sie ihre Freizeit verbringen können. Einige Angebote bestehen in Graz bereits. Sie zu finden, gestaltet sich für viele aber schwierig. „So ist die Idee, eines inklusiven Cafés in der Innenstadt entstanden, das als Treffpunkt und Vermittlungsort dienen soll. Über ein angeschlossenes Büro und die Betreuer:innen können niederschwelliger Zugang zu Freizeitangeboten aber auch Unterstützung bei Problemen aller Art geboten werden“, erklärt KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**. Er stellte im Gemeinderat einen entsprechenden Antrag.

## Klimaschutzplan

Im Sommer wird die Hitze oft unerträglich. Und immer weniger Menschen können



es sich leisten, ihr zu entfliehen. Darum hat der Gemeinderat einen Klimaschutzplan beschlossen, um in der Stadt und ihren Tochtergesellschaften umfassende Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

„Die Klimakrise ist auch eine Gerechtigkeitskrise“, betont KPÖ-Umweltsprecherin **Miriam Herlicska**: „Um diese Krisen zu bewältigen, müssen wir unsere Stadt und darüber hinaus unsere Gesellschaft so verändern, dass ein gutes Leben für alle möglich ist.“

# Graz: Aus für Postenschacher



FOTO: LEONHARD NIEDERWIMMER, PIXABAY

Neue Objektivierungsrichtlinien sorgen für mehr Transparenz und weniger Politik bei der Vergabe von Jobs bei der Stadt Graz. Sie wurden im Grazer Gemeinderat von allen Parteien beschlossen – einzig die ÖVP stimmte dagegen.

Gerade bei Aufnahmen und Weiterbestellungen von Leitungspositionen im Magistrat sollte besonderes Augenmerk auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit gelegt werden.

„Mit uns wird es keinen politischen Postenschacher mehr geben“, betont Personalstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ). Die Objektivierungsrichtlinien müssen ihrem Namen gerecht werden. Es soll sichergestellt



werden, dass der Beste oder die Beste die Stelle erhält.

Verpflichtend festgeschrieben sind nun eine öffentliche Ausschreibung sowie die Beiziehung einer externen Personalberatung. Der Personalvertretung wurde wieder ein Stimmrecht eingeräumt.

Besonders Frauen sollten von den Objektivierungsrichtlinien 2022 profitieren. „Es zeigt sich bereits, dass mit den Richtlinien mehr Frauen zur Bewerbung motiviert werden. Denn für leitende Positionen fehlt es Frauen selten an Qualifikation, sondern lediglich an den nötigen ‚Freunderln‘, so KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**.

## Versicherung für Ehrenamtliche wird verlängert

Ehrenamtliche können in Graz eine Haftpflicht- bzw. Unfallversicherung bekommen. Engagement ist ein wichtiger Beitrag für ein gutes Miteinander in Graz. Wertvolle Angebote für Kinder und Jugendliche, Solidarität mit Menschen in Notlagen und die vielfältige Hilfsbereitschaft unerlässlich für ein gelingendes Zusammenleben in unserer Stadt – in Sportvereinen, im Integrationsbereich



oder im Sozial- und Gemeinwesen. „Wer sich freiwillig und unentgeltlich engagiert, braucht für die eigene Sicherheit einen guten Versicherungsschutz“, sagt KPÖ-Stadtrat **Robert Krotzer**. Denn ein Unfall oder ein Missgeschick ist schnell passiert – und das kann rasch teuer werden. Die Stadt Graz hat daher beschlossen, die Versicherung für Ehrenamtliche um weitere 10 Jahre zu verlängern.

### KOMMENTAR



Liebe Grazerinnen und Grazer!

Endlich! Bisher mussten Mieterinnen und Mieter die Gebühren für einen Makler übernehmen – auch wenn sie gar keinen beauftragt hatten. Künftig werden die Vermieter selbst diese Kosten tragen müssen. Dafür haben wir uns als KPÖ viele Jahre lang eingesetzt. Im Herbst 2016 habe ich gemeinsam mit Stadtrat Manfred Eber der damaligen Nationalratspräsidentin Doris Bures 7.871 Unterschriften für die Abschaffung der Maklergebühren für Mieterinnen und Mieter übergeben.

Jetzt werden sie endlich abgeschafft. Der jahrelange Einsatz hat sich gelohnt. Denn es war nie gerecht, dass Menschen, die eine Wohnung suchen, für eine Dienstleistung bezahlen, die sie gar nicht in Auftrag gegeben haben – noch dazu, wenn gleich mehrere Monatsmieten fällig sind.

Das können sich sehr viele einfach nicht leisten. Wohnungssuchende, vor allem junge Familien, müssen oft tief in die Tasche greifen. Deshalb ist es wichtig, dass diese Gebühr endlich von den Vermietern getragen wird. In anderen europäischen Ländern ist das längst Praxis. Der jahrelange Einsatz für dieses Ziel hat sich gelohnt!

*Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr*

### SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

**Rathaus, 2. Stock**

**Tel.:** 0316 872-2000

**Mail:** buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

### Sprechstunden:

Wir bitten um Terminvereinbarung per Mail oder Telefon.

Russische Truppen haben die Ukraine überfallen und führen einen brutalen Krieg. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Die KPÖ Steiermark verurteilt diese völkerrechtswidrige Aggression aufs Schärfste. Menschen sterben, werden verletzt und zur Flucht gezwungen. Ihnen gilt unsere Solidarität. In ganz Europa gibt es Demonstrationen und Kundgebungen, die ein Ziel haben – Frieden. Selbst in Russland ist keine Kriegsbegeisterung erkennbar. Im Gegenteil: Die Zivilgesellschaft, Künstler:innen und Sportler:innen lehnen den völkerrechtswidrigen Angriff ab. In vielen russischen Städten gehen seit Tagen tausende Menschen gegen den Krieg auf die Straße. Viele wurden verhaftet. Auch ihnen gilt unsere Solidarität. Denn auch nach innen agiert das russische Regime aggressiv, um einmal mehr die bestehende autoritär-kapitalistische Oligarchenherrschaft abzusichern.

### Ohne Frieden ist alles nichts

Profitiert hat bislang nur die Rüstungsindustrie. Ihre Aktienkurse erleben Höhenflüge. Die Staatsschulden, die in Europa durch die jetzt geschnürten Aufrüstungspakete gemacht werden, werden schon bald drastische Auswirkungen auf die Menschen haben – durch Kürzungen in der Daseinsvorsorge und durch Sozialabbau. Die angekündigten Aufrüstungsmaßnahmen der NATO und der EU bergen die Gefahr, die

Spirale der kriegerischen Gewalt weiterzudrehen. Wir halten deshalb die Rufe für falsch, die unser Land jetzt an die Seite der NATO führen wollen. Aufrüstung, mit Waffen und mit Worten, bringt weder Frieden noch Sicherheit, sondern gießt Öl ins Feuer.

Deshalb braucht es ein Ringen nach Lösungen statt einem Drehen an der Eskalationsschraube. Gerade in Krisensituation dürfen kritische Stimmen nicht zum Verstummen gebracht werden. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

### Für aktive Neutralitätspolitik!

Österreich hat eine lange auf seiner immerwährenden Neutralität fußende Tradition der

vermittelnden Außenpolitik. Wien ist ein Sitz der Vereinten Nationen und könnte zum Ort für Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine und für die Wiederherstellung einer Friedensordnung in Europa werden. Deshalb unterstützt die steirische KPÖ den Vorschlag des Bundeskanzlers, der in diese Richtung geht. Das ist dringend notwendig. Die Auseinandersetzungen in der Ukraine haben schon in der Vergangenheit viel Leid und Zerstörung gebracht. Der jetzt von Russland begonnene Angriff ist ungerechtfertigt und durch nichts zu entschuldigen. In seiner an den Zarismus erinnernden Großmachtrhetorik hat Wladimir Putin auch Atomwaffen ins Spiel

gebracht. Das zeigt, dass eine bis vor kurzem nicht mehr vorstellbare Ausweitung des Krieges möglich geworden ist.

Jetzt muss mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln auf die russische Regierung eingewirkt werden, dass sie die internationalen Abkommen, Regelwerke und völkerrechtlich verbindlichen Verträge, die sie selbst unterschrieben hat wieder beachtet und befolgt. Das setzt voraus, dass auch der Westen in Zukunft keine völkerrechtswidrigen Kriege mehr führt, nicht immer weiter aufrüstet und die völkerrechtlich verbindlichen Verträge ebenso beachtet und befolgt vor allem die Charta der Vereinten Nationen.

Mit jeder Minute, die dieser Krieg andauert, mit jedem getöteten und verwundeten Menschen, mit jedem Akt der Zerstörung, mit jedem Menschen, der zur Flucht gezwungen wird, verhärten sich die Fronten, steigen Verbitterung und Hass. Das Finden von Lösungen wird schwerer und die Gefahr einer noch größeren Eskalation steigt.

Gerade jetzt bietet die Neutralität Österreichs die Möglichkeit, zum Frieden beizutragen. Es gibt nichts wichtigeres als Frieden.

### Für ein Ringen nach Lösungen statt Eskalation!

### Für Abrüstung und Neutralität!

### Die Waffen nieder!



# DIE WAFFEN NIEDER!

## UKRAINE: GRAZ HILFT MIT INFRASTRUKTUR UND KONKRETER UNTERSTÜTZUNG

Auf Initiative von Elke Kahr wurden dem Roten Kreuz 50.000 Euro zur Soforthilfe vor Ort zur Verfügung gestellt. Die Stadt Graz stellt die Messehalle D als Ankunftszentrum für Menschen aus der Ukraine zur Verfügung. Von der Registrierung bis zur Zuteilung von Quartieren kann dort alles erledigt werden. Neben Halle und Sanitäreinrichtungen werden auch Reinigung, Sicherheitsdienst und Abfallentsorgung erledigt. Die Leitung liegt beim Land Steiermark, betrieben wird die Halle vom Roten Kreuz. Es wird dort ein medizinisches Angebot geben, sogar mitgebrachte Haustiere werden versorgt. Bürgermeisterin Elke Kahr hat aus dem Budget ihres Amtes Geld für Sprachkurse zur Verfügung gestellt. Unterstützung gibt es auf

Initiative der ÖH Uni Graz auch für ukrainische Studierende. Zudem wurden einem Kulturverein Räumlichkeiten zur Vernetzung der ukraini-



schen Community organisiert, wo es auch ein psychosoziales Hilfsangebot geben wird. Auch bei der Wohnversorgung springt die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein. Die Holding Graz sammelt Sachspenden und hat dafür in der Steyrergasse einen Lagerraum eingerichtet. Mit einem ukrainischen Pass können Geflüchtete die Öffentlichen Verkehrsmittel in Graz kostenlos nutzen. Für schulpflichtige Kinder und Jugendliche wurde in der Volksschule St. Leonhard die Willkommenschule eingerichtet. Dort werden Kinder in ihrer Muttersprache für den anschließenden Schulleistungsanstieg vorbereitet. Dieses Projekt wird auf Initiative der Bildungsdirektion und Bildungstadtrat Hohensinner verwirklicht.